

# Rüttgers' Botschaft: Soziale Gerechtigkeit durch Leistung

Bundes-Vize der CDU: „Wir brauchen Dieter Bischoff in Berlin“

Noch bevor der Polit-Star in der Wahlkampfarena ein Wort verloren hatte, vernahmen rund 200 CDU-Anhänger die Botschaft vom Band: „Steht auf, wenn ihr Aachener seid“. Auf dem Klangteppich der Öcher Hymne zog Jürgen Rüttgers mit Bundestagskandidat Dieter Bischoff in den großen Saal der AGIT ein. Standing Ovationen. Die Hauptredner des Abends ließen keinen Zweifel daran, gegen wen die Bürger

sich zugleich erheben sollten. „Was hat Schröder geleistet?“, fragte Rüttgers wenig später rhetorisch. Und sollte den prallen Polemik-Knüppel doch meist im politischen Handgepäck belassen. Locker, jovial, aber sachlich nahm er die wichtigsten Reformvorhaben ins Visier: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch mehr Wachstum, Entwirrung des Steuerdickichts, leistungsorientierte Bildungspolitik.

Von Matthias Hinrichs

**Aachen.** Immerhin ein „Verdienst“, meinte der CDU-Kreisvorsitzende Armin Laschet bei der Begrüßung, dürfe man Berlin indes attestieren. Selten sei so klar geworden, welche verheerenden Folgen eine falsche Bundespolitik gerade den Städten bescheren könne. Durch die Streichung der Körperschaftssteuer seien die Kommunen tiefer denn je in den Strudel der allgemeinen Rezession gezogen worden. „Elchels Finanzpolitik hat uns ein Millionen-Haushaltsloch gebracht, das uns zwingt, die GeWoGe zu verkaufen. Wir haben dafür gesorgt, dass sich für die Mieter dennoch nichts ändert.“ Laschets Appell, beim Bürgerbegehren für eine Veräußerung zu votie-

ren, um Schlimmeres – sprich: „unsoziale Steuererhöhungen“ – zu verhindern, gab Dieter Bischoff die Vorlage zum temperamentvollen

„

*Wenn Schröder in die Geschichte eingeht, dann als erster Regierungschef, der es geschafft hat, dass der Staat durch seine Steuerpolitik mehr Geld verliert, als er einnimmt.*

Jürgen Rüttgers

Rundumschlag gegen die Fiskal-, Sozial- und Beschäftigungspolitik der Regierung. „Fast vier Millionen sind arbeitslos. Knapp 40 000 Plei-

ten sind allein dieses Jahr zu erwarten – damit liegt Deutschland auf dem letzten Platz in Europa.“ Zwei Reformmanöver seien daher einzuleiten. Erstens: „Die Steuern müssen niedriger, gerechter und einfacher gestaltet, Schlupflöcher geschlossen werden. Die nächste Stufe der Öko-Steuer darf nicht kommen.“ Zugunsten der Kommunen müsse die Gewerbesteuerumlage revidiert werden. Zweitens: „Die Jobbremsen müssen gelöst werden. Das Gesetz gegen die Scheinselbstständigkeit werden wir sofort abschaffen.“ Als die womöglich letzte von zahllosen Kommissionen könne auch die des Ex-Auto-Managers Hartz der „Politik der ruhigen Hand“ keinen starken Arm mehr verschaffen. Schließlich: „Bei der Bildung muss Deutschland wieder Spitze werden.“ Förderung von Hochbegabten sei dazu ebenso erforderlich wie mehr Wettbewerb an den Schulen, leistungsabhängige Bezahlung der Lehrer, Einschränkungen der Fächer-Abwahl. Zwar habe Schröder den Bildungsetat um 20 Prozent aufgestockt. „Aber er wollte ihn verdoppeln – versprochen, gebrochen. So wie die Ankündigung, die Zahl der Arbeitslosen auf 3,5 Millionen zu senken.“

## Auch Stoiber und Merkel bald in Aachen

Zwei weitere höchstkarätige Wahlkämpfer der CDU werden in der heißen Phase vor dem 22. September in Aachen erwartet: Edmund Stoiber, Kanzlerkandidat der Union, spricht am 1. August im Rahmen eines großen Bürgerfestes der Partei auf dem Katschhof. Am 18. September spricht die Bundesvorsitzende der

CDU, Angela Merkel, auf dem Markt. Damit, so der Aachener Kreisvorsitzende Armin Laschet in Anspielung auf ein Zitat des verstorbenen langjährigen Aachener Bundestagsabgeordneten Hans Stercken, dokumentiere die Partei, wie wichtig die Stadt Aachen als „Wahlkreis Kaiser Karls“ für den Bundeswahlkampf sei.

Und so, stellte auch Jürgen Rüttgers fest, habe sich an den großen Herausforderungen seit 1998 nichts wirklich geändert. Mindestens 3,6 Prozent reales Wachstum sei derzeit nötig, damit überhaupt Arbeitsplätze geschaffen würden. „Wir haben ein Strukturproblem. Es reicht nicht, wenn alle nur versuchen, den Aufschwung herbeizureden.“

Neben dem Verzicht auf Steuererhöhungen gelte es, einen Investitionsstau von rund 20 Milliarden allein in NRW aufzulösen. „Schulen, Heime, Kliniken verfallen. Das ist unverantwortlich.“ Ebenso allerdings die Tatsache, dass große Konzerne gigantische Steuergeschenke erhielten – auf Kosten der kleinen und mittleren Betriebe, der Arbeitnehmer, der gesamten Volks-

wirtschaft. „Wenn Schröder in die Geschichte eingeht, dann als erster Regierungschef, der es geschafft hat, dass der Staat durch seine Steuerpolitik mehr Geld verliert, als er einnimmt...“ Nicht zuletzt Clements Koalition in NRW offenbare die Reformunfähigkeit von Rot-Grün einmal mehr – selbst abgesehen vom desaströsen Abwiegeln seiner Bildungsministerin, die auf ganzer Linie versagt habe. „Statt klare strukturelle Entscheidungen zu treffen, wird wieder gefummelt. 1000 Fördertöpfe werden nach Rasenmäherprinzip gekürzt – bei Armen, Behinderten, Wohlfahrtsverbänden.“

In Berlin glaube man derweil, mit der Hartz-Kommission den großen Wurf getan zu haben. Aber: Eine „Enteignung“ von Millionen durch

Senkung des Arbeitslosengeldes, das ihnen als Versicherung zustehe, sei ebenso wenig hinnehmbar wie die nutzlose Koppelung von Sozial- und Erwerbslosenleistungen. Drei wichtige „Stellschrauben“ müssten vielmehr bewegt werden: Abschaffung der Vorruhestandsprogramme, Schaffung von Ganztagschulen zur Verbesserung der Frauenerwerbsquote, Investitionen in ein leistungsorientiertes Bildungssystem. All dies, so Rüttgers' Fazit, schaffe mehr soziale Gerechtigkeit als alle Lippenbekenntnisse von Rot-Grün: „Wer Leistung verteufelt, nimmt gerade sozial Schwachen die Chance aufzusteigen. Wir wollen dagegen eine solidarische Gesellschaft ohne Ellenbogen. Dafür brauchen wir auch Dieter Bischoff in Berlin.“